Stadt Geilenkirchen **18.11.2025**

Einladung

zur 1. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Geilenkirchen am

Mittwoch, dem 26.11.2025, 18:00 Uhr

im **Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen**

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen des Bürgermeisters

2. Bestellung einer Schriftführung
Vorlage: 3501/2025

3. Beratung und Beschlussfassung über die Gebührenbedarfsberechnung 2026 bis 2028 für das Bestattungswesen
Vorlage: 3442/2025

4. Beratung und Beschlussfassung über die Gebührenbedarfsberechnung 2026 für die Abwasserbeseitigung
Vorlage: 3434/2025

5. Beratung und Beschlussfassung über die Gebührenbedarfsberechnung 2026 für die Abfallentsorgung
Vorlage: 3436/2025

6. Beratung und Beschlussfassung über die Gebührenbedarfsberechnung 2026 für die Straßenreinigung und den Winterdienst
Vorlage: 3440/2025

7. Satzung über die Festsetzung der Hebesätze der Grundsteuer ab dem Jahr 2026
Vorlage: 3480/2025

8. Einführung einer Satzung über die Vergabe von Aufträgen
Vorlage: 3497/2025

9. Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

10. Fragestunde für Einwohner

II. Nichtöffentlicher Teil

11. Grundstücksangelegenheiten

11.1. Erwerb einer Ackerfläche zwischen Bauchem und dem Gewerbegebiet Niederheid
Vorlage: 3468/2025

11.2. Erwerb von vier zusammenhängenden Ackerflächen zwischen Teveren und Bauchem
Vorlage: 3473/2025

11.3. Veräußerung angrenzender Flächen des "Euro Service Center - Haus 1"
Vorlage: 3498/2025

12. Auftragsvergaben

12.1. Auftragsvergabe: Fachkraft für Arbeitssicherheit 2026-2027 (optional 2028)
Vorlage: 3448/2025

12.2. Auftragsvergabe: Beschaffung eines Schmalspur-Schleppers für den städt. Bauhof
Vorlage: 3449/2025

12.3. Auftragsvergabe - Reinigungsleistungen für die Unterhalts-/Grundreinigung diverser städtischer Gebäude
Vorlage: 3495/2025

12.4. Aufstellung über Auftragsvergaben nach § 11 Abs. 4 Buchstabe j) i. V. m. § 11 Abs. 5 Zuständigkeitsordnung vom 16.12.1999
Vorlage: 3500/2025

13. Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Armin Leon
Vorsitzender

TOP Ö 2

Verwaltung
18.11.2025
3501/2025

Vorlage

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Haupt- und Finanzausschuss	Entscheidung	26.11.2025

Bestellung einer Schriftführung

Sachverhalt:

Gem. § 58 Abs. 7 in Verbindung mit § 52 Abs. 1 der Gemeindeordnung NRW ist über die Beschlüsse der Ausschüsse eine Niederschrift anzufertigen. Hierfür ist eine Schriftführung zu bestellen.

Beschlussvorschlag:

Frau Christina Kamphausen wird als Schriftführerin für den Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Geilenkirchen bestellt.

(Verwaltung, Frau Kamphausen, 02451/629-136)

TOP Ö 3

Kämmerei
17.11.2025
3442/2025

Vorlage

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	26.11.2025
Rat der Stadt Geilenkirchen	Entscheidung	10.12.2025

Beratung und Beschlussfassung über die Gebührenbedarfsberechnung 2026 bis 2028 für das Bestattungswesen

Sachverhalt:

In der Vergangenheit wurde die Gebührenkalkulation jährlich von der Kämmerei durchgeführt.

Eine Neukalkulation für die Jahre 2026 ff. war aufgrund der ab 2024 neu angebotenen Bestattungsarten (Urnenbaumgrab, Bodendeckergrab, Umwandlung, muslimisches Grabfeld) erforderlich geworden.
Aufgrund der immer komplexer werdenden rechtlichen Grundlagen und Rechtsprechungen, hat sich die Verwaltung dazu entschieden, eine rechtssichere Gebührenkalkulation durch das Institut für Public Management erarbeiten zu lassen. So erschien es möglich, das Risiko einer fehlerhaften Kalkulation, verbunden mit der Gefahr der Unwirksamkeit der Satzung zu reduzieren.

Zur Reduzierung des Kalkulationsaufwandes wurde die Kalkulation für die Jahre 2026-2028 erstellt. Die Gebühren bleiben folglich in diesem Zeitraum unverändert.

In der Sitzung wird Herr Hoppe, vom Institut für Public Management IPM die Vorgehenswerte der Kalkulation vorstellen sowie einige Eckpunkte erläutern. Unter anderem wird er das sog. „Kölner Modell“, das bei der Kalkulation angewendet wurde, erklären.

Hierbei handelt es sich um eine Methode zur Berechnung von Friedhofsgebühren, die nicht allein nach der Grabfläche, sondern zusätzlich nach den gemeinsamen Infrastrukturfaktoren (Wege, Plätze, Gebäude, Verwaltung) verteilt.
Praktisch bedeutet dies, dass ein Teil der Gesamtkosten pauschal über alle Nutzungsrechte verteilt wird, der andere Teil nach der jeweiligen Grabfläche. Somit werden nicht alle Kosten proportional zur Grabgröße aufgerechnet.
Ein Effekt dieses Modells ist, dass die Gebühren für Urnen- und Sarggräber sich einander annähern, weil die nicht-flächenbezogenen Kosten (z. B. Wege, Beleuchtung, Verwaltung) auf alle Nutzer umgelegt werden.
Das „Kölner Modell“ soll außerdem realistischere, kostendeckende Gebühren erzeugen und Ungerechtigkeiten des reinen Flächenmodells ausgleichen.

Der Bericht über die Kalkulation der Gebühren, sowie eine Gegenüberstellung der alten und neuen Gebühren wird in den nächsten Tagen nachgereicht.

Nachstehend ein Überblick über die Entwicklung der Abschlüsse im Bestattungswesen in den letzten Jahren:

Jahr	Ergebnis	Status
2022	+39.374,73 €	Jahresabschluss
2023	+7.545,76 €	Jahresabschluss
2024	+49.860,74 €	Jahresabschluss

Beschlussvorschlag:

Die Gebührenbedarfsberechnung 2026 bis 2028 für das Bestattungswesen wird beschlossen.

(Kämmerei, Frau Siebert, 02451/629-140)

TOP Ö 4

Kämmerei
30.10.2025
3434/2025

Vorlage

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Rat der Stadt Geilenkirchen	Entscheidung	26.11.2025

Beratung und Beschlussfassung über die Gebührenbedarfsberechnung 2026 für die Abwasserbeseitigung

Sachverhalt:

Als Anlage ist die Gebührenbedarfsberechnung 2026 für die Abwasserbeseitigung (Niederschlagswasser und Schmutzwasser) beigefügt.

Gebührenmaßstab

Die Niederschlagswassergebühr bemisst sich nach den Quadratmetern der bebauten bzw. überbauten befestigten Flächen auf angeschlossenen Grundstücken, von denen Niederschlagswasser in die städtischen Abwasseranlagen gelangen kann (Flächenmaßstab).

Die Schmutzwassergebühr wird nach der bezogenen Frischwassermenge abzüglich der anzurechnenden Abzugsmengen (z. B. Gartenbewässerung) bemessen (Frischwassermaßstab in cbm).

Annahmen für das Berechnungsjahr 2026

Für die Ermittlung der Gebührensätze wird in der Gebührenkalkulation von folgenden Ansätzen ausgegangen:

a) Niederschlagswassergebühr

gebührenfähige Aufwendungen:	2.786.733,85 €
Kostenüberdeckung aus 2023:	-94.011,00 €
Bemessungsgrundlage insgesamt:	2.705.470,54 €
Einheiten (befestigte Flächen)	3.545.821 m²

b) Schmutzwassergebühr

gebührenfähige Aufwendungen:	4.536.264,56 €
Kostenunterdeckung aus 2023:	213.603,00 €
Bemessungsgrundlage insgesamt:	4.749.867,56 €
Einheiten (Frischwasserbezug)	1.380.440 m³

Gebühren 2026

a) Niederschlagswassergebühr

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Ansätze ergibt sich für das Jahr 2026 eine Niederschlagswassergebühr in Höhe von 0,76 €/m² (Vorjahr 0,82 €/m²).

b) Schmutzwassergebühr

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Ansätze ergibt sich für das Jahr 2026 eine Schmutzwassergebühr in Höhe von 3,44 €/m³ (Vorjahr 3,57 €/m³).

Beschlussvorschlag:

a) Niederschlagswassergebühr

Die Niederschlagswassergebühr wird für das Jahr 2026 auf 0,76€/m² (Vorjahr: 0,82 €/m²) festgesetzt.

b) Schmutzwassergebühr

Die Schmutzwassergebühr wird für das Jahr 2026 auf 3,44€/m³ (Vorjahr 3,57 €/m³) festgesetzt.

Anlage/n:
Gebührenbedarfsberechnung Abwasserbeseitigung 2026

(Kämmerei, Frau Siebert, 02451/629-140)

TOP Ö 4

Abwasserbeseitigung
Gebührenbedarfsberechnung für 2026

I. Betriebsaufwand

1. Personal-, Fahrzeug- und Geräteeinsatz

1.1 Personalaufwendungen, Gemeinkosten u. Kosten der Arbeitsplätze

Hinweis: Den nachstehenden Kalkulationsansätzen liegen die Empfehlungen des KGSt-Gutachtens 08/2025- Kosten eines Arbeitsplatzes - zugrunde.

Verwaltungsmitarbeiter/-innen

1 Tarifbeschäftigter EG 13 (Leitung), Bereich 3, 0,50-Stellenanteil	52.850,00 €
1 Beamter A 11, LG 2.1, Bereich 7, 0,7 Stellenanteil	72.800,00 €
1 Beamtin A9 mD LG 1 (Sachbearbeitung), Bereich 7, 0,30-Stellenanteil	26.940,00 €
1 Tarifbeschäftigter, EG12 (Bau, Architektur), Bereich 3, 0,60-Stellenant.	62.760,00 €
1 Tarifbeschäftigter EG10, Bereich 3, 0,35-Stellenateil	31.150,00 €
1 Tarifbeschäftigter EG 6 (Sachbearbeitung), Bereich 7, 0,32-Stellenant.	19.968,00 €
1 Tarifbeschäftigte EG 8 (Veranlagung) mit 90 % Zeitanteil, Bereich 7, 0,28-Stellenanteil	16.732,80 €
1 Tarifbeschäftigte EG 8 (Veranlagung) mit 80 % Zeitanteil, Bereich 7, 0,28-Stellenanteil	14.873,60 €
	298.074,40 €

Gemeinkostenzuschlag (Verwaltungsmitarbeiter/-innen)

Verwaltungs- und Fachbereichsoverhead, 20 % der Personalkosten	59.614,88 €

Sachkosten Büroarbeitsplätze (Verwaltungsmitarbeiter/-innen)

Büroarbeitsplatz, 9.700,00 € x 3,25-Stellenanteile	31.525,00 €

Leistungsverrechnung für Mitarbeiter/-innen des Stadtbetriebes

Die im Rahmen der inneren Leistungsverrechnung anzusetzenden Personalkosten belaufen sich in 2026 auf der Grundlage einer Durchschnittsberechnung aus Werten der letzten 3 Jahre voraussichtlich auf	115.840,00 €

Gemeinkostenzuschlag Stadtbetrieb

Verwaltungs- u. Fachbereichsoverhead, 15 % der Personalkosten	17.376,00 €

Sachkosten Nicht-Büroarbeitsplätze

Sachkostenpauschale nach KGSt, 10 % Zuschlag auf Personalk.	11.584,00 €
Kosten insgesamt	534.014,28 €

1.2 Aufwendungen für den Fahrzeugeinsatz (Stadtbetrieb)

Der Einsatz der städtischen Fahrzeuge und Geräte für die Kanalunterhaltung ist nach einer Durchschnittsberechnung aus Werten der letzten 3 Jahre wie folgt zu veranschlagen	15.029,00 €

2. Sonstige Betriebs- und Unterhaltungsaufwendungen

2.1 Unterhaltung der Kanalisation

laufende Unterhaltung in 2026	500.000,00 €
punktuelle Kanalinstandhaltung gem. ABK	135.000,00 €
hydraulische Nachrechnung Kanalnetz	60.000,00 €
Aufwendungen f. sonst. Dienstleistungen	33.000,00 €

2.2 Aufwendungen an Unternehmer für TV-Untersuchungen der Abwasserkanäle

Für 2026 wird mit einem Ansatz in Höhe von kalkuliert	157.500,00 €

2.3 Sächliche Aufwendungen

Für 2026 wird mit einem Ansatz in Höhe von kalkuliert	24.600,00 €

3. Abwasserabgaben

3a. Schmutzwassereinleitung	92.000,00 €
3b. Niederschlagswassereinleitung	30.000,00 €

4. Beitrag an den WVER

4a Beitrag Abwasser	3.096.974,77 €
4b Betreuung Sonderbauwerke	66.288,95 €

II. Finanzaufwand
(Abschreibungs- und Zinsaufwand)

1. Abschreibungsaufwand Kanalnetz

Die Berechnung der Abschreibungen erfolgt auf der Grundlage von Wiederbeschaffungszeitwerten unter Berücksichtigung von Indexzahlen für Bauleistungspreise.

Der Abschreibungssatz beträgt 2 % linear.

Die Indexzahl zur Ermittlung des Wiederbeschaffungszeitwertes (WBZ-Wert) betrug 2025 = 135,0 Punkte (Basis 100 % = Jahr 2021).

In den vergangenen 3 Jahren stieg der Preisindex um durchschnittlich 6,7 Punkte. Diese Steigerung wird auch für 2026 angenommen. Somit ergibt sich für 2026 ein Index von 141,7 Punkten.

Abschreibung vom WBZ-Wert 2026 lt. Anlagenachweis Abwasserbeseitigung =	2.149.928,00 €	
zu veranschlagende Abschreibungen		2.149.928,00 €

2. Zinsen für das Kanalnetz

Die Berechnung der kalkulatorischen Zinsen erfolgt auf Basis der Herstellungskosten abzüglich dem Abzugskapital wie Zuschüsse, Beiträge und Investitionspauschalen.

Berechnung:

	25.340.710,00 €	Anlagekapital am 31.12.2026		
		Abzugskapital		
-	6.574.017,00 €	Restwert zum 31.12.2026 der Zuschüsse, Beiträge und Investitionspauschalen		
	18.766.693,00 €	zu verzinsendes Anlagekapital		
	x 2,76 % Verzinsung		517.960,73 €	517.960,73 €

Voraussichtliche gebührenfähige Aufwendungen 2026: **7.412.295,73 €**

III. Aufteilung Kanalisation und Kläranlagenanteile (ohne Abwasserabgaben)

	Kanal	Kläranlage
Eigene Kosten	4.127.032,01 €	0,00 €
Beitrag an WVER	1.033.121,93 €	2.130.141,79 €
Gesamt	5.160.153,94 €	2.130.141,79 €

Die Abwasserabgaben für Schmutzwassereinleitung und Niederschlagswassereinleitung in Höhe von 65.000 € bzw. 30.000 € werden unter Punkt V. unmittelbar den jeweiligen Einrichtungen zugeordnet. 7.385.295,73 €

IV. Ermittlung der Anteile Niederschlagswasser/Schmutzwasser (in %)

		Anteile in %
1. Anteil Regenwasserableitung und -behandlung (0,493 x 5.186.732,97 €) + (0,111 x 2.129.273,81 €) = 2.543.955,89 € + 236.445,74 €	**2.780.401,63 €**	38,14%
2. Anteil Schmutzwasserableitung und -behandlung (0,507 x 5.186.732,972 €) + (0,889 x 2.129.273,81 €) = 2.616.198,05 € + 1.893.696,05 €	**4.509.894,10 €**	61,86%

V. Verteilung der Aufwendungen (Niederschlagswasser/Schmutzwasser)

Gebührenfähige Aufwendungen (ohne Direktzuordnung der Abwasserabgabe):	7.290.295,73 €
abzüglich Gebührenanteil Flugplatzsiedlung Teveren (Sondervereinbarung) .	62.257,32 €
aufzuteilende Aufwendungen:	**7.228.038,41 €**
Anteil Niederschlagswasser im Jahr 2026 =	
7.228.038,41 € x 38,14%	2.756.773,85 €
zuzüglich Abwasserabgabe (Niederschlagswasser)	30.000,00 €
Gesamtaufwendungen Niederschlagswasser	**2.786.773,85 €**
Anteil Schmutzwasser im Jahr 2026 =	
7.228.038,41 € x 61,86%	4.471.264,56 €
zuzüglich Abwasserabgabe (Schmutzwassereinl.)	65.000,00 €
Gesamtaufwendungen Schmutzwasser	**4.536.264,56 €**

VI. Gebührenermittlung

Gebührenermittlung Niederschlagswasser:

voraussichtliche berücksichtigungsfähige befestigte Flächen 2026 (in m²)	3.545.821
gebührenfähige Aufwendungen der Niederschlagswasserbeseitigung	**2.786.773,85 €**
Kostenüberdeckung aus 2023	-94.011,00 €
Bemessungsgrundlage	**2.692.762,85 €**

Gebührenermittlung

2.692.762,85 € : 3.545.821,00 m² = 0,75942 € /m²

gerundet	**0,76 €** /m²		
Gebühr je Einheit (m²) somit:	**0,76 €**		von 0,82 2025

Gebührenermittlung Schmutzwasser

geschätzter Frischwasserverbrauch in 2026 (in m³)*	1.382.058,10
geschätzte Abzugsmengen (in m³)	-1.616,00
berücksichtigungsfähige Mengen (in m³)	1.380.442,10
zur Rundung	1.380.440,00
gebührenfähige Aufwendungen der Schmutzwasserbeseitigung	**4.536.264,56 €**
anteilige Kostenunterdeckung aus 2023	213.603,00 €
Bemessungsgrundlage	**4.749.867,56 €**

Gebührenermittlung

4.749.867,56 € :	**1.380.440,00 m³**	**=**	**3,44084 €** /m³	
			3,44 € /m³	
Gebühr je Einheit (m³) somit:			**3,44 €**	von 3,57 2025

Geilenkirchen, im Oktober 2025

Kämmerei

TOP Ö 5

Kämmerei
10.11.2025
3436/2025

Vorlage

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	26.11.2025
Rat der Stadt Geilenkirchen	Entscheidung	10.12.2025

Beratung und Beschlussfassung über die Gebührenbedarfsberechnung 2026 für die Abfallentsorgung

Sachverhalt:

Als Anlage ist die Gebührenbedarfsberechnung 2026 für die kommunale Abfallbeseitigung beigefügt.

Gebührenmaßstab

Bemessungsgrundlage für die Gebührenberechnung ist gem. § 4 der Gebührensatzung der Stadt Geilenkirchen für die Abfallbeseitigung

a) die Art und Anzahl der für das angeschlossene Grundstück bereit gestellten Restabfallgefäße im Erhebungszeitraum (Grundgebühr)

b) das Gesamtgewicht des Restabfalls und des Biomülls im Erhebungszeitraum (Gewichtsgebühr)

Kalkulationsansätze für das Jahr 2026

Zur Ermittlung der Gebührensätze wird in der Gebührenkalkulation von folgenden Ansätzen ausgegangen:

a) Grundgebühr

gebührenfähige (fixe) Kosten in 2026:	1.293.735,08 €
Gefäßeinheiten	15.063 Einheiten

b) Gewichtsgebühr

gebührenfähige (variable) Kosten in 2026:	1.459.734,29 €
Jahresüberschuss Anteil 2024	- 70.000,00 €
anzusetzende (variable) Aufwendungen in 2026	1.389.734,29 €
voraussichtliches Abfallaufkommen (Restmüll, Biomüll)	5.187.006 kg

Gebühren 2026

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Ansätze ergibt sich für die Standardgefäßeinheiten (120-l bzw. 240-l-Restabfallgefäße) für das Jahr 2026 eine Grundgebühr in Höhe von 86,00 €. (Vorjahr 83,00 €).
Im Vergleich zum Vorjahr steigt die Gebühr damit um 3,00 €/Einheit und Jahr.

Für die Restabfallcontainer ergeben sich nach der Systematik des § 5 (1) der

Gebührensatzung für die Abfallbeseitigung folgende neue Grundgebühren:

770-l-Restabfall-Container mit 14-täglicher Leerung:	258,00 € (bisher 249,00 €)
770-l-Restabfall-Container mit wöchentlicher Leerung:	516,00 € (bisher 498,00 €)
1.100-l-Restabfall-Container mit 14-täglicher Leerung:	387,00 € (bisher 373,50 €)
1.100-l-Restabfall-Container mit wöchentlicher Leerung:	774,00 € (bisher 747,00 €)

Die Gewichtsgebühr beträgt 0,27 € je kg (Vorjahr 0,30 €).

Beschlussvorschlag:

a) Die Grundgebühren für die Abfallentsorgung werden für das Jahr 2026 wie folgt festgesetzt:

Für die Standardgefäßeinheiten (120-l bzw. 240-l-Restabfallgefäße) wird für das Jahr 2026 eine Grundgebühr in Höhe von 86,00 € festgesetzt.

Für die Restabfallcontainer ergeben sich nach der Systematik des § 5 (1) der Gebührensatzung für die Abfallbeseitigung folgende neue Grundgebühren:

770-l-Restabfall-Container mit 14-täglicher Leerung:	258,00 € (bisher 249,00 €)
770-l-Restabfall-Container mit wöchentlicher Leerung:	516,00 € (bisher 498,00 €)
1.100-l-Restabfall-Container mit 14-täglicher Leerung:	387,00 € (bisher 373,50 €)
1.100-l-Restabfall-Container mit wöchentlicher Leerung:	774,00 € (bisher 747,00 €)

b) Die Gewichtsgebühr für die Abfallentsorgung wird für das Jahr 2026 auf 0,27 € je kg Rest- und Bioabfall festgesetzt (Vorjahr 0,30 €).

Anlage/n:
Gebührenbedarfsberechnung Abfallentsorgung 2026

(Kämmerei, Frau Siebert, 02451/629-140)

TOP Ö 5

Abfallentsorgung
Gebührenbedarfsberechnung für das Jahr 2026

A) Ermittlung der Kosten

I. Betriebsaufwand

1. Personalkosten, Gemeinkosten u. Kosten des Arbeitsplatzes

Hinweis: Den nachstehenden Kalkulationsansätzen liegen dieEmpfehlungen des KGSt-Gutachtens 08/2025 - Kosten eines Arbeitsplatzes - zugrunde

Verwaltungsmitarbeiter/-innen nach KGSt:

1 Beamtin A9 m. D. + Zulage (Sachbearbeitung), Bereich 7, 0,3 Stellenanteil	29.490,00 €	
1 Tarifbeschäftigte EG 8 mit 90 % Zeitanteil (Veranlagung), Bereich 7, 0,3 Stellenanteil	17.928,00 €	
1 Tarifbeschäftigte EG 8 mit 80 % Zeitanteil (Veranlagung), Bereich 7, 0,3 Stellenanteil	15.936,00 €	
	63.354,00 €	
Gemeinkostenzuschlag (Verwaltungsmitarbeiter/-innen)		
Verwaltungs- u. Fachbereichsoverhead, 20 % der Personalkosten	12.670,80 €	
Sachkosten Büroarbeitsplätze		
Büroarbeitsplatz, 9.700,00 € x 0,81 Stellenanteile	7.857,00 €	
Interne Leistungsverrechnung für Mitarbeiter/-innen des Stadtbetriebes		
Die anzusetzenden Personalkosten für die Bediensteten wurden wie folgt ermittelt: 01.08.24-31.07.25.	188.064,30 €	
Gemeinkostenzuschlag (Stadtbetrieb)		
Verwaltungs- u. Fachbereichsoverhead, 15 % der Personalkosten	28.209,65 €	
Sachkosten Nicht-Büroarbeitsplätze		
Sachkostenpauschale nach KGSt, 10 % Zuschlag	18.806,43 €	
Personalkosten insgesamt		318.962,18 €

2. Unternehmervergütung für Rest- und Biomüllsammlung

Das Entsorgungsunternehmen berechnet für die Entsorgungsdienstleistungen sowohl einen Grundbetrag als auch einen gewichtsbezogenen Preis. Der gewichtsbezogene Preis wird nach der tatsächlichen Menge des über die jeweiligen Tonnen abgefahrenen Rest- und Biomülls berechnet.

2.1 Entgelt für die Rest- und Bioabfallentsorgung

Das Entgelt für die Rest- und Bioabfallsammlung setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen (Grundlage: Einwohner inkl. der nicht meldepflichtigen NATO-Angehörigen, insgesamt 30.906 Personen, Stichtag 30.06.2025), inkl. MwSt:

Behältermiete Restabfall	43.000,00 €
Leerungsentgelt Restabfall	180.600,00 €
Behältermiete Bioabfall	29.500,00 €
Leerungsentgelt Bioabfall	71.500,00 €
Grundentgelt Restabfall und Bioabfall	26.650,00 €

2.2 Gewichtsbezogenes Entgelt für Rest- und Bioabfall

Transport Restabfall
4.000 t x 15,21 €/t + 19 % MwSt. 72.399,60 €

Transport Bioabfall
1.200 t x 25,12 €/t + 19 % MwSt. 35.871,36 €

2.3 Unternehmerentgelt für den Betrieb des Recyclinghofes

Für die Vorhaltung des Recyclinghofes fällt ein Grundentgelt sowie ein Betriebsentgelt an.

Grundentgelt	10.140,56 € + 19 % MwSt. =	12.067,27 €
Betriebsentgelt	12 Monate x 20.402,25 € + 19 % MwSt. =	291.344,13 €

2.4 Umtauschkosten Abfallgefäße

In 2026 wird von ca.125 Tauschfällen ausgegangen. Das Unternehmerentgelt beträgt 9,09 € zzgl. MwSt. je Tauschfall.

125 Fälle à 9,09 € + 19 % MwSt. = 1.352,14 €

In unbegründeten Fällen, in denen das Behältervolumen reduziert wird, ist eine Änderungsgebühr von 15,00 € zu entrichten. Es wird von 5 Fällen ausgegangen.

15,00 € x 5 Fälle = -75,00 €

2.5 Sperrmüll

Für die Sperrgutsammlung fällt sowohl ein Grundentgelt, bemessen nach der Einwohnerzahl, als auch ein Sammelentgelt, bemessen nach dem Gewicht, an.

Grundentgelt: 30.906 EW x 0,18 € zzgl. 19 % MwSt. 6.620,07 €

Sammelentgelt: 300 t x 83,79 € + 19 % MwSt. 29.913,03 €

2.6 Elektroschrott

Sammlung u. Transport
25 t x 218,82 €/t + 19 % MwSt. = 6.492,05 €

Annahme am Recyclinghof
100 t x 106,33 € + 19% MwSt. 12.653,27 €

Unternehmerentgelte insgesamt 819.887,90 €

3. Deponiegebühren/Verwertungskosten

Die Deponiegebühren für Haus- und Sperrmüll sowie die Verwertungskosten für Biomüll richten sich nach der Abfallmenge (Gewicht) sowie einer einwohnerabhänigen Grundgebühr (einschl. nicht meldepflichtige Personen).

3.1 Deponiegebühren Haus- und Sperrmüll

Die Gebühr für die thermische Behandlung des Haus- und Sperrmülls beträgt in 2026 185,00 €/t (Hausmüll) bzw. 190,00 €/t (Sperrmüll)

An Hausmüll wird ein Aufkommen von 4.000 t erwartet; an Sperrmüll werden 300 t erwartet

4.000 t x 185,00 €/t + 300 t x 190,00 € 797.000,00 €

Hinzu kommt eine einwohnerabhängige Grundgebühr i.H.v. 8,00 €/Einwohner (einschl. nicht meldepflichtige Einwohner)

29.135 Einwohner x 8,00 € /Ew 232.384,00 €

3.2 Verwertungskosten Sperrmüll

Sperrmüll wird neben der kommunalen Sammlung zusätzlich über einen Recyclinghof im Stadtgebiet erfasst und einer Verwertung zugeführt.

Der Preis für die Annahme und Verwertung beträgt 167,29 € /t zzgl. MwSt. In 2026 werden schätzungsweise 910 t Sperrmüll über den Recyclinghof gesammelt. Hierin enthalten sind ebenfalls die Mengen, die über einen Sammelcontainer auf der NATO-Air-Base erfasst werden. Der Preis hierfür beträgt 425,51 € + MwSt. für ein geschätztes Aufkommen von 10 t. Für die Gestellung eines Containers fallen 640,44 € zzgl. MwSt. € an.

900 t x 167,29 € + 19 % MwSt. =		179.167,59 €
10 t x 425,51 €/to + 640,44 € + 19 % MwSt. =		5.825,69 €

3.3 Verwertungskosten von Holz aus kommunaler Sammlung

Der im Sperrmüll enthaltene Holzanteil wird getrennt erfasst und einer Verwertung zugeführt. Die Sammlung-, Transport- und Verwertungskosten liegen bei 169,17€/t zzgl. MwSt. In 2026 wird von einer Gesamtmenge von 380 t Holz ausgegangen.

380 t x 169,17 €/to + 19 % MwSt. =		76.498,67 €

3.4 Verwertungskosten Holz aus kommunaler Anlieferung

An dieser Stelle werden die Mengen kalkuliert , die über Sammelcontainer auf der Nato-Air-Base erfasst werden. Für die dortige Holzentsorgung beträgt der Preis für Abholung, Transport u. Verwertung 425,50 €/to zzgl. MwSt . Hinzu kommen die jährlichen Mietkosten für den Sammelcontainer von 53,37 € je Container/Monat zzgl. MwSt. Für das Jahr 2026 wird mit einem Aufkommen in Höhe von 5 t gerechnet.

5 t x 425,50 € + 19 % MwSt. =	2.531,73 €	
1 Container (Nato-Air-Base) à 53,37 €/Monat + 19 % MwSt.	762,12 €	
		3.293,85 €

3.5 Verwertungskosten Biomüll

Die Verwertung des Biomülls erfolgt zu einem Preis in Höhe von 118,03 €/to zzgl. MwSt.

In 2026 wird von einem Aufkommen von rd. 1.200 t ausgegangen.

1.200 t x 118,03 €/t + 19 % MwSt. =		168.546,84 €

Deponiegebühren und Verwertungsentgelte insgesamt	1.462.716,64 €

4. Wertstofferfassung

4.1 Altglas

Die Sammlung und Verwertung von Altglas liegt in der Zuständigkeit der Dualen Systeme. Im Rahmen der kommunalen Gebührenbedarfsberechnung sind keine Ansätze zu bilden.

4.2. Altkleider	5.000,00 €

4.3 Altpapier

Der kommunale Anteil am Altpapieraufkommen beträgt 66,50 % (Masse), der verbleibende Anteil in Höhe von 33,50 (Masse) liegt in der Zuständigkeit der Dualen Systeme.

4.3.1 Unternehmersammlung

Das Verfahren zur Abrechnung der Sammlung und Verwertung von Altpapierhat sich zum 01.01.2021 aufgrund neuer abfallrechtlicher Bestimmungen und daraus resultierend neu abzuschließender Abstimmungs-vereinbarungen mit den Dualen Systemen geändert. Die Sammlung des Altpapiers erfolgt zu 100 % im Auftrag der Kommune. Für die Miterfassung der PPK-Verkaufsverpackungen (derzeit 33,5 % des Altpapiers) erhielt die Stadt bis zum 31.12.2022 eine angemessene Kostenbeteiligung durch die Systembetreiber der Dualen Systeme, welche an diese weiter berechnet wurde. Seit dem 01.01.2023 ändert sich diese Regelung dahin gehend, dass die Systeme die Erfassungskosten ihres PPK-Anteils unmittelbar mit dem Entsorgungsunternehmen abrechnen, so dass die Abrechnung zwischen Stadt und Systemen entfällt.

4.3.1.1 Kosten für Sammlung u. Transport

Unternehmerentgelt und Vereinssammlung		
1.700 t x 40,88 € zzgl. MwSt. (=48,65)		
Behältermiete	82.705,00 €	
Entgelte insgesamt	82.705,00 €	
		82.705,00 €

4.3.2 Verwertungserlöse u. -kosten

Altpapiererlöse

1.700 t hiervon 66,5 % = ca. 1.130 t		
Erlös netto: 1.130 t x 190 €/t =	214.700,00 €	
abzgl. Logistik- u. Verwaltungskosten des Kreises HS		
1.130 t x 50 €/t	-56.500 €	
zzgl. MwSt	-10.735 €	
	-67.235 €	
Erlöse		-147.465 €

4.4 Grünabfall

4.4.1 Sammlung

4.4.1.1 Unternehmerentgelt (Holsammlungen)

Im Jahr 2026 werden drei Grünschnittsammlungen (Holsammlungen) durchgeführt. Es ist von einem Aufkommen in Höhe von rd. 150 t Grünschnitt auszugehen.

Für die Sammlung und den Transport fällt ein Entgelt in Höhe von 102 €/t zzgl. MwSt. an.

150 t x 102 € + 19 % MwSt.	18.207,00 €

4.4.1.2 Verwertungsentgelt

Das Verwertungsentgelt für Grünabfälle beträgt in 2026 78,70 €/t zzgl. 19 % MwSt.

150 t x 78,70 € + 19 % MwSt. =	14.047,95 €

4.4.2 Privatanlieferungen mit Grünschnittkarte

In 2026 ist ergänzend zu den Holsammlungen eine Privatanlieferung von Grünabfällen (Bringsammlung) mittels Grünschnittkarte bei der Firma Schönmackers in Niederheid und bei Fa. SP Recycling in Müllendorf möglich. Die kostenlose Privatanlieferung ist 2x/Jahr bis zu einer Menge von jeweils 3 cbm möglich. Es wird mit einem Gesamtaufkommen in Höhe von 1.300 t gerechnet. Der Verwertungspreis beträgt 56,00 €/t zzgl. MwSt.

1.300 t x 56,00 € zzgl. 19 % MwSt.	86.632,00 €	
Kosten Wertstofferfassung insgesamt		59.126,95 €

5. Schadstoffentsorgung

Die Kosten der Schadstoffentsorgung werden u. a. nach der Einwohnerzahl bemessen. Bei den folgenden Berechnungen werden die Einwohnerzahlen gem. Nr. 3.1 zuzüglich der Anzahl nicht meldepflichtigen Einwohner (NATO) zum Stichtag 31.12.2024, somit 28.494 EW + 641 nicht meldepflichtige EW = 29.135 EW

5.1 Deponiegebühr für Schadstoffe

Die Deponiegebühr wird 2026 voraussichtlich 1,20 €/EW betragen.

29.135 EW * 1,20 €/EW		34.962,00 €

6. Aufstellung, Unterhaltung und Entleerung der Straßenpapierkörbe

Die hier entstehenden Kosten sind ansatzfähig im Sinne des KAG.

6.1 Beschaffung

Es wird davon ausgegangen, dass infolge Ergänzung oder Tausch 20 Straßenpapierkörbe zu je ca.200 € beschafft werden müssen.

20 St. X 200 € =	4.000,00 €	

6.2 Annahme, Transport und Verwertung der Inhalte aus Straßenpapierkörben

Die Inhalte aus den Straßenpapierkörben werden am Recyclinghof angeliefert. Es wird von einer Menge von 70 t in 2026 ausgegangen

70 t x 165,48 €/t + 19 % MwSt. =	13.784,48 €	
6.3 Erlöse aus dem Einwegkunststofffonds	5.000,00 €	
Kosten Straßenpapierkörbe insgesamt		12.784,48 €

7. Einsammeln, Befördern und Endbeseitigen verbotswidriger Abfallablagerungen

Die Kosten sind ansatzfähig nach dem KAG.

7.1 Einsammeln und Befördern (Einsatz eigener Fahrzeuge)

Die Fahrzeugkosten wurden wie folgt ermittelt: 01.08.24-31.07.25. Es wurde ein Durchschnitt der letzten 3 Jahre zzgl. Der Prognose 2026 gebildet.	21.606,19 €	
7.2 Annahme, Transport und Verwertung		
In 2026 werden hochgerechnet 25 t Abfälle eingesammelt und über ein Unternehmen verwertet. Das Entgelt für Annahme, Transport und Verwertung beläuft sich auf 165,48 €/t zzgl. MwSt.		
25 t x 165,48 €/t + 19 % MwSt. =	4.923,03 €	
Kosten Einsammeln u. Befördern verbotswidriger Abfallablagerungen insgesamt		**26.529,22 €**
8. Sächliche Kosten		
Für Fachliteratur, Bekanntmachungen und sonstige sächliche Kosten wird ein Betrag veranschlagt von insgesamt rd.		3.500,00 €
9. Öffentlichkeitsarbeit		
Hierin enthalten sind u. a. auch die Kosten für den Druck und die Verteilung des Abfallkalenders. Für 2026 ist ein Betrag zu veranschlagen von	15.000,00 €	
Kosten Öffentlichkeitsarbeit insgesamt		**15.000,00 €**
Voraussichtlich gebührenfähige Kosten 2026		**2.753.469,37 €**
davon fixe Kosten		**1.293.735,08 €**
davon variable Kosten		**1.459.734,29 €**
Jahresüberschuss Anteil 2024		**-70.000,00 €**
anzusetzende variable Kosten		**1.389.734,29 €**

B. Gebührenermittlung

Ermittlung der Grundgebühr:

1.293.735,08 €	**:**	**15063**	**Einheiten**	**=**	**85,89 €**	
gerundet					**86,00 €**	
Grundgebühr je Einheit in 2026 somit:					**86,00 €**	von 83,-

Ermittlung der gewichtsbezogenen Gebühr:

1.389.734,29 €	**:**	**5.187.006**	**kg**	=	**0,267926 €**	
gerundet					**0,27 €**	
gewichtsbezogene Gebühr in 2026 somit:					**0,27 €**	von 0,30

Geilenkirchen, im Oktober 2025

Kämmerei

TOP Ö 6

Kämmerei
10.11.2025
3440/2025

Vorlage

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	26.11.2025
Rat der Stadt Geilenkirchen	Entscheidung	10.12.2025

Beratung und Beschlussfassung über die Gebührenbedarfsberechnung 2026 für die Straßenreinigung und den Winterdienst

Sachverhalt:
Als Anlage ist die Gebührenbedarfsberechnung 2026 für die Straßenreinigung und den Winterdienst beigefügt:

Gebührenmaßstab

Maßstab für die Berechnung der Benutzungsgebühren sind die Frontmeterlängen gem. § 7 Abs. 1-3 der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung).

Kalkulationsansätze für das Jahr 2026

Zur Ermittlung der Gebührensätze wird in der beigefügten Gebührenkalkulation von folgenden Ansätzen ausgegangen:

a) Straßenreinigungsgebühr

gebührenfähige Kosten	178.981,08 €
Kostenunterdeckung aus 2023	38.689,00 €
Bemessungsgrundlage	217.670,08 €
berücksichtigungsfähige Frontmeter	103.119 m

b) Winterdienstgebühr

gebührenfähige Kosten	59.129,92 €
Kostenunterdeckung aus 2023	16.420,00 €
Bemessungsgrundlage	75.549,92 €
berücksichtigungsfähige Frontmeter	135.086 m

Gebühren 2026

a) Straßenreinigungsgebühr

Unter Berücksichtigung der genannten Ansätze ergibt sich für das Jahr 2026 eine Straßenreinigungsgebühr in Höhe von 2,11 €/Frontmeter (Vorjahr 1,59 €/Frontmeter).

b) Winterdienstgebühr

Unter Berücksichtigung der genannten Ansätze ergibt sich für das Jahr 2026 eine Winterdienstgebühr in Höhe von 0,56€/Frontmeter (Vorjahr 0,43 €/Frontmeter).

Beschlussvorschlag:

a) Die Straßenreinigungsgebühr wird für das Jahr 2026 auf 2,11€/Frontmeter festgesetzt.

b) Die Winterdienstgebühr wird für das Jahr 2026 auf 0,56€/Frontmeter festgesetzt.

Anlage/n:
Gebührenbedarfsberechnung Straßenreinigung 2026

(Kämmerei, Frau Siebert, 02451/629-140)

TOP Ö 6

Straßenreinigung und Winterdienst
Gebührenbedarfsberechnung für 2026

I. Straßenreinigung (ohne Winterdienst)

1. Personal-, Fahrzeug- u. Geräteeinsatz

1.1 Personalaufwendungen, Gemeinkosten u. Kosten der Arbeitsplätze

Hinweis: Den nachstehenden Kalkulationsansätzen liegen die Empfehlungen des KGSt-Gutachtens 08/2025 - Kosten eines Arbeitsplatzes - zugrunde

Verwaltungsmitarbeiter/-innen

1 Beamtin A9 m. D. + Zulage (Sachbearbeitung), Bereich 7, 0,02 Stellenanteil	1.966,00 €	
1 Tarifbeschäftigte EG 8 mit 90 % Zeitanteil (Veranlagung), Bereich 7, 0,07 Stellenanteil	4.183,20 €	
1 Tarifbeschäftigte EG 8 mit 80 % Zeitanteil (Veranlagung), Bereich 7, 0,07-Stellenanteil	3.718,40 €	
	9.867,60 €	
Gemeinkostenzuschlag (Verwaltungsmitarbeiter/-innen)		
Verwaltungs- u. Fachbereichsoverhead, 20 % der Personalkosten	1.973,52 €	
Sachkosten Büroarbeitsplätze (Verwaltungsmitarbeiter/-innen)		
Büroarbeitsplatz, 9.700,00 € x 0,14 Stellenanteile	1.358,00 €	
Leistungsverrechnung für Mitarbeiter/-innen des Stadtbetriebes		
Die anzusetzenden Personalkosten für die Bediensteten des Stadtbetriebes wurden wie folgt ermittelt: 01.08.24-31.07.25. Neue Stundensätze, die vom Stadtbetrieb ermittelt wurden, sind für das Jahr 2026 wurden zugrunde gelegt worden.	42.386,97 €	
Gemeinkostenzuschlag (Stadtbetrieb)		
Verwaltungs- u. Fachbereichsoverhead, 15 % der Personalkosten	6.358,05 €	
Sachkosten Nicht-Büroarbeitsplätze (Stadtbetrieb)		
Nicht-Büroarbeitsplätze, 10 % von 42.386,97 €	4.238,70 €	
insgesamt		66.182,83 €

1.2 Fahrzeugeinsatz Stadtbetrieb

Kalkuliert wurde anhand der Werte vom 01.08.24-31.07.25 und den für 2026 neu berechneten Stundensätzen. Voraussichtlich:	19.272,98 €

2. Unternehmervergütung

In 2026 ist eine Unternehmervergütung für das Vertragsunternehmen in Höhe von 0,0141 € je Kehrmeter/Woche zzgl. 19 % USt. anzusetzen. Dies ergibt Netto-Jahreskosten in Höhe von 0,7332 €/Kehrmeter (0,04141 € * 52 Wochen. Entspricht 0,8725 € brutto. Die voraussichtliche Abrechnungsmenge an Kehrmetern beträgt nach jetzigem Stand 115.000 lfdm/Woche.	
115.000 m x 0,8725 €	100.337,50 €

3. Transport, Entsorgung u. Verwertung

Für das Jahr 2026 wird mit einem Aufkommen in Höhe von 250 t Straßenkehrricht gerechnet, welcher zu einer entsprechenden Einrichtung zur Entsorgung/Verwertung zu transportieren ist. Der Vertragspreis beträgt 120,70 €/t netto + 19 % USt. (entspricht 143,64 €/t brutto).

250 t x 143,64 €/t =	35.910,00 €
voraussichtliche Straßenreinigungskosten 2026 =	**221.703,31 €**

Das Verhältnis der abrechnungsfähigen Kehrmeter (Unternehmerabrechnung) zu den tatsächlich veranlagungsfähigen Kehrmetern beträgt 115.000 lfdm vs. 103.119 lfdm ; der umlagefähige Kostenanteil beträgt somit 89,7 %. Hieraus ergibt sich ein Abzug von 10,3 % bei der Vorposition (voraussichtliche Straßenreinigungskosten 2026).

	-22.835,44 €
bereinigte Straßenreinigungskosten 2026	**198.867,87 €**
abzüglich 10 % Anteil der Allgemeinheit (nicht gebührenfähig)	-19.886,79 €
somit gebührenfähige Straßenreinigungskosten in 2026	**178.981,08 €**

II. Winterdienst innerhalb geschlossener Ortslagen

1. Personal-, Fahrzeug- und Geräteeinsatz

1.1 Personalaufwendungen, Gemeinkosten u. Kosten der Arbeitsplätze

Hinweis: Den nachstehenden Kalkulationsansätzen liegen die Empfehlungen des KGSt-Gutachtens 08/2025 Kosten eines Arbeitsplatzes - zugrunde

Verwaltungsmitarbeiter/-innen nach Pauschbeträgen KGSt

1 Beamtin A9 m. D. + Zulage (Sachbearbeitung), Bereich 7, 0,02 Stellenanteil	1.966,00 €
1 Tarifbeschäftigte EG 8 mit 90 % Zeitanteil (Veranlagung), Bereich 7, 0,10 Stellenanteil	5.976,00 €
1 Tarifbeschäftigte EG 8 mit 80 % Zeitanteil (Veranlagung), Bereich 7, 0,10-Stellenanteil	5.312,00 €
	13.254,00 €

Gemeinkostenzuschlag nach KGSt (Verwaltungsmitarbeiter/-innen)

Verwaltungs- u. Fachbereichsoverhead, 20 % der Personalkosten	2.650,80 €

Sachkosten Büroarbeitsplätze (Verwaltungsmitarbeiter/-innen)

Büroarbeitsplatz, 9.700,00 € x 0,19 Stellenanteile	1.843,00 €

Leistungsverrechnung für Mitarbeiter/-innen des Stadtbetriebes

Die Personalkosten (innere Leistungsverrechnungen) belaufen sich in 2026 gem. einer Durchschnittsberechnung der letzten 10 Jahre auf voraussichtlich	30.475,84 €

Gemeinkostenzuschlag nach KGSt (Stadtbetrieb)

Verwaltungs- u. Fachbereichsoverhead, 15 % der Personalkosten	4.571,38 €

Sachkosten Nicht-Büroarbeitsplätze (Stadtbetrieb)

Nicht-Büroarbeitsplätze, 10 % von 30.475,84 €	3.047,58 €

insgesamt		55.842,60 €

1.2 Fahrzeugkosten Stadtbetrieb

In Abhängigkeit der witterungsbedingten Einsatzzeiten variieren auch die Kosten des Fahrzeugeinsatzes Jahr für Jahr teils erheblich. Demnach wird ein Durchschnittswert der letzten 10 Jahre angesetzt.

Für 2026 wird ein 10-Jahres-Durchschnittswert in Höhe von veranschlagt.		17.108,34 €

2. Streugut und sonstige sächliche Aufwendungen

Je nach Witterungsverlauf können die tatsächlich anfallenden Kosten von den aufgrund der Vorjahre ermittelten Kosten erheblich abweichen. Kalkuliert wird auch hier ein 10-Jahres Durchschnittswert.

Für 2026 wird ein 10-Jahres-Durchschnittswert von rd. angenommen		21.150,42 €

3. Finanzaufwand
(Abschreibungs- und Zinsaufwand)

3.1 Masch.-techn. Einrichtung

Die Ermittlung des Abschreibungsaufwandes für maschinelle und technische Einrichtung erfolgt anhand von Wiederbeschaffungszeitwerten.

Der Abschreibungssatz beträgt 5 %.

Der aktuell bisher vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Indexwert beträgt für das Jahr 2025 134,2 Punkte (Basisjahr 2021 = 100 %). Für 2026 liegen noch keine Indexwerte vor. Die durchschnittliche Steigerung der Indizes in den letzten 3 Jahren wurde für 2026 zugrunde gelegt (2025:134,2 plus 5,4).

Abschreibung für maschinelle/technische Einrichtung vom Wiederbeschaffungszeitwert 2026 lt. Anlagenachweis =	4.960,93 €	
Abschreibung 2026 insgesamt:		4.960,93 €

4. Zinsaufwand

Die Berechnung des Zinsaufwandes erfolgt auf Basis von Restwerten mit dem Nominalzinssatz, der sich aus dem 30-jährigen Durchschnitt der Emissionsrenditen für festverzinsliche Wertpapiere inländischer öffentlicher Emittenten ergibt (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 KAG NRW). In 2026 folgt hieraus eine Verzinsung in Höhe von 2,76 %.

Herstellungsrestwerte Ende 2025 (maschinelle u. techn. Einrichtung) gem. Anlagenachweis =	27.733,63 €	
x 2,76 % Verzinsung =		765,45 €
Zwischensumme:		99.827,74 €

Durch den Stadtbetrieb werden sowohl die innerörtlichen Straßen mit einer Gesamtlänge von rd. 84,9 km als auch die außerörtlichen Straßen mit einer Gesamtlänge von rd. 24,5 km gestreut. Gebührenfähig sind hierbei die innerörtlichen Straßen mit einem Anteil von 77,61 %. Somit sind 77,61 % der ausgewiesen Kosten von 96.633,15 € berücksichtigungsfähig.

99.827,74 € x 77,61 % = 77.476,31 €

	gebührenfähige Kosten:	**77.476,31 €**

Winterdienstkosten innerhalb geschlossener Ortslagen 2026 **77.476,31 €**

Die Kosten sind um den prozentualen Anteil der nicht veranlagten bzw. der nicht veranlagungsfähigen Frontmeter zu reduzieren. Der prozentuale Abzug entspricht dem Abzug, der auch bei den Straßenreinigungskosten angesetzt wird.

-11.776,40 €

bereinigte Winterdienstkosten 2026 **65.699,91 €**

abzüglich 10 % Anteil der Allgemeinheit (nicht gebührenfähig) -6.569,99 €

somit gebührenfähige Winterdienstkosten 2026 innerhalb geschlossener Ortslagen: **59.129,92 €**

III. Gebührenermittlung

Gebührenermittlung Straßenreinigung:

voraussichtliche berücksichtigungsfähige Kehrmeter 2026:	103.119
gebührenfähige Kosten der Straßenreinigung 2026	178.981,08 €
Kostenunterdeckung aus 2023 (Anteil)	38.689,00 €
Bemessungsgrundlage	217.670,08 €

Straßenreinigungsgebühr 2026:

217.670,08 € : 103.119 = 2,11 €/Frontmeter von 1,59

Die Straßenreinigungsgebühr steigt auf 2,02 €/Frontmeter.

Gebührenermittlung Winterdienst:

voraussichtliche berücksichtigungsfähige Frontmeter Winterdienst 2026:	135.086
gebührenfähige Kosten des Winterdienstes 2026	59.129,92 €
Kostenunterdeckung aus 2023 (Anteil)	16.420,00 €
	75.549,92 €

Winterdienstgebühr 2025:

75.549,92 € : 135.086 = 0,56 €/Frontmeter von 0,43

Die Winterdienstgebühr steigt auf 0,56 € /Frontmeter.

Geilenkirchen, im Oktober 2025

Kämmerei

TOP Ö 7

Kämmerei
12.11.2025
3480/2025

Vorlage

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	26.11.2025
Rat der Stadt Geilenkirchen	Entscheidung	10.12.2025

Satzung über die Festsetzung der Hebesätze der Grundsteuer ab dem Jahr 2026

Sachverhalt:

Auch wenn die Haushaltsplanung für das Jahr 2026 noch nicht abgeschlossen ist, lässt sich bereits jetzt erkennen, dass das strukturelle Haushaltsdefizit weiterhin deutlich zu hoch ist und ein Defizit in ähnlicher Größenordnung wie im Vorjahr zu erwarten ist. Angesichts der Haushaltslage bei Bund und Land sind auch für die nächsten Jahre keine wesentlichen Verbesserungen von dort zu erwarten. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung tendiert aktuell zwar nach oben, das jedoch auf sehr geringem Niveau und weiterhin auf einer sehr fragilen Grundlage. Neben einer weiterhin notwendigen strikten Ausgabendisziplin ist nach einiger Zeit der Zurückhaltung nun jedoch auch die Einnahmeseite im städtischen Haushalt in den Blick zu nehmen.

Aus den unten dargelegten Gründen regt die Verwaltung daher eine Anpassung der Grundsteuer B an. Die Wortwahl ist daher sehr bewusst erfolgt, da die Maßnahme lediglich dazu dient, das Steueraufkommen zu stabilisieren. Mit den unten vorgeschlagenen Sätzen wird keine echte Steuererhöhung vorgenommen, auch wenn dies zu einem weiteren Ausgleich des hohen Haushaltsdefizits beitragen würde.

Wegen der aus Sicht der Verwaltung auch alternativlosen Anpassung, wird hier auch die Verabschiedung im Rahmen einer Hebesatzsatzung vor dem 01.01.2026 und nicht zusammen mit dem Haushalt empfohlen, damit hier frühzeitig auch Planungssicherheit für die Kämmerei und die Eigentümerinnen und Eigentümer besteht. Eine Entscheidung zusammen mit dem Haushalt wäre möglich, würde aber zu zusätzlichem Verwaltungsaufwand führen, da in diesem Fall auch neue Abgabenbescheide zu erlassen wären.

Folgende Gründe machen aus Sicht der Verwaltung eine Anpassung erforderlich:

- Der fiktive Grundsteuer-Hebesatz für die Grundsteuer B im Rahmen des GFG liegt aktuell bei 639 und damit nur noch einen Punkt unter dem derzeitigen Hebesatz in Geilenkirchen von 640. Durch die fiktiven Grundsteuerhebesätze wird die Steuerkraft der jeweiligen Kommune im Rahmen des GFG vergleichbar gemacht, zudem soll auch „Steuerdumping“ vermieden werden.
  Im Rahmen des GFG wird dem Finanzbedarf einer Kommune deren eigene Steuerkraft gegenübergestellt und auf dieser Grundlage dann die Schlüsselzuweisungen ermittelt. Liegt der Grundsteuerhebesatz einer Kommune also unter dem fiktiven Hebesatz, wird ihr in dieser Berechnung fiktiv ein höheres Steueraufkommen unterstellt. Dementsprechend entsteht ein Defizit im Gesamtkonstrukt der Gemeindefinanzierung,

dass die Kommune innerhalb ihres Haushalts auffangen muss. Dies ist aktuell jedoch nicht möglich.
Da die Finanzlage der Kommunen in NRW weiterhin schlecht, in großen Teilen sogar deutlich dramatischer ist, als in Geilenkirchen, werden viele Kommunen zum Jahr 2026 die Hebesätze der Grundsteuer anheben. Dies führt dann für das GFG 2027 mit hoher Wahrscheinlichkeit zu höheren fiktiven Hebesätzen. Da die Steuerkraft immer auf Basis der sogenannten Referenzperiode (01.07. des Vorvorjahres bis 30.06. des Vorjahres) ermittelt wird, ist eine nachträgliche Korrektur nicht mehr möglich.

- Die Grundsteuer ist anders als andere kommunale Erträge wie die Gewerbesteuer oder die Einkommensteueranteile nicht an die wirtschaftliche Entwicklung gekoppelt, sondern basiert auf den Grundsteuermessbeträgen.
  Anders als viele Ausgabenpositionen im städtischen Haushalt steigt die Grundsteuer somit nicht automatisch mit den Preisen. Während Löhne, Baukosten und Energiepreise in den letzten Jahren deutlich gestiegen sind, bleibt das Grundsteueraufkommen bei unverändertem Hebesatz gleich. Das bedeutet: Die Stadt kann sich für dieselben Einnahmen immer weniger leisten.

  Um diese schleichende Entwertung der kommunalen Finanzkraft durch die Inflation auszugleichen, ist eine Anpassung des Hebesatzes erforderlich. Dabei geht es nicht um eine echte Steuererhöhung, sondern um den Erhalt der Kaufkraft der städtischen Einnahmen – also darum, dass die Grundsteuer 2026 wieder denselben Wert hat wie 2023.

  Für die Berechnung wurde die Preisentwicklung der Jahre 2023 bis 2025 zugrunde gelegt, da sich die Haushaltsplanung immer auf den Jahresbeginn des Planjahres bezieht (also den 1. Januar 2026).

  - Schritt 1: Nach den Daten des Statistischen Bundesamtes lag die Inflation 2023 bei rund 5,9 %. Für 2024 wird ein Durchschnitt von etwa 2,2 % erwartet, ebenso für 2025. Zusammengerechnet ergibt das eine kumulierte Preissteigerung von rund 10,6 %.→ Das bedeutet: Was 2023 noch 1 € wert war, kostet 2026 etwa 1,10 €.

  - Schritt 2: Gleichzeitig wächst die Bemessungsgrundlage der Grundsteuer leicht an – durch Neubauten, Fortschreibungen und Nachveranlagungen. Dieser Effekt wird vorsichtig mit 1 % pro Jahr angesetzt, also rund 4 % über vier Jahre. → Dadurch steigt das Steueraufkommen auch ohne Hebesatzänderung leicht an.

  - Schritt 3: Um den Preisauftrieb von rund 10 % abzufedern, aber das erwartete Basiswachstum von etwa 4 % zu berücksichtigen, muss der Hebesatz den verbleibenden Unterschied von rund 6 % ausgleichen.

Bei einem derzeitigen Hebesatz von 640 ergibt sich daraus ein rechnerischer Zielwert von rund 680 bei der Grundsteuer B und 595 bei der Grundsteuer A.

Gleichzeitig sollte die Verwaltung beauftragt werden eine jährliche Anpassung an die Inflationsrate vorzusehen.

Beschlussvorschlag:

1) Die Satzung zur Festsetzung der Hebesätze der Grundsteuer wird in der als Anlage beigefügten Form beschlossen.
2) Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Einbringung des Haushalts in den kommenden Jahren bereits eine Anpassung der Grundsteuerhebesätze an die Inflation vorzusehen.

Anlage/n:
Satzung zur Festsetzung der Hebesätze der Grundsteuer 2026

(Kämmerei, Herr Nilles, 02451 - 629 113)

TOP Ö 7

**Satzung über die Festsetzung
der Hebesätze der Grundsteuer der Stadt Geilenkirchen
vom ….**

Aufgrund der §§ 7,41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10.07.2025 (GV. NRW. S. 618), des § 25 Abs. 1 bis 4 des Grundsteuergesetzes vom 07.08.1973 (BGBl. I. S. 965), zuletzt geändert durch Artikel 32 des Gesetzes vom 02.12.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 387), sowie des § 1 des Gesetzes über die Zuständigkeit für die Festsetzung und Erhebung der Realsteuern in der Fassung der Bekanntmachung vom 16.12.1981 (GV. NW. 1981 S. 732) zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.12.2018 (GV. NRW. S. 738) hat der Rat der Stadt Geilenkirchen in seiner Sitzung am _____ folgende Satzung beschlossen:

§ 1
Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer

Die Stadt Geilenkirchen erhebt Grundsteuer mit folgenden Hundertsätzen des Steuermessbetrags oder des Zerlegungsanteils (Hebesätzen):

1. für die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A)

   599 v. H.

2. für die Grundstücke (Grundsteuer B)

   687 v. H.

§ 2
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

TOP Ö 8

Hauptamt
17.11.2025
3497/2025

Vorlage

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	26.11.2025
Rat der Stadt Geilenkirchen	Entscheidung	10.12.2025

Einführung einer Satzung über die Vergabe von Aufträgen

Sachverhalt:
Zum 01.01.2026 ändert sich das Vergaberecht unterhalb der Anwendung des EU-Rechtes in Nordrhein-Westfalen erheblich. Dies betrifft alle Aufträge mit einem geschätzten Auftragswert von 216.000 € netto bei Liefer- und Dienstleistungen und von 5.404.000 € netto bei Bauleistungen (neue Schwellenwerte ab 2026).

Mit der Aufhebung des § 26 KomHVO NRW zum 01.01.2026 verlieren nahezu alle vorhandenen Vorschriften im Vergaberecht ihre Gültigkeit. Weder die VOB/A, noch die UVgO sind noch anzuwenden.

Vielmehr soll der Kommune mit der Einführung des neuen § 75a Gemeindeordnung NRW weitgehende Gestaltungsfreiheit bzgl. der Vergabe öffentlicher Aufträge eingeräumt werden. Nach dieser Vorschrift müssen öffentliche Aufträge **wirtschaftlich**, **effizient**, und **sparsam** unter Beachtung der Grundsätze von **Gleichbehandlung** und **Transparenz** vergeben werden. Weiterhin dürfen Regelungen, die die Durchführung von Vergaben einschränken, nur durch den Beschluss einer Satzung erlassen werden.

Die Verwaltung schlägt daher vor, eine Vergabesatzung zu erlassen, die eine einheitliche Vorgehensweise zur Umsetzung der o.g. Grundsätze vorgibt. Auf diese Weise soll nach außen hin Transparenz geschaffen und den Mitarbeitern eine verlässliche Vorgabe bei der Vergabe von Aufträgen gemacht werden, u.a. um diese vor Korruptionsvorwürfen zu schützen.

Die Satzung orientiert sich an der von dem Städte- und Gemeindebund NRW herausgegebenen Mustersatzung, verfügt aber auch über einige Abwandlungen und wurde in Zusammenarbeit mit dem Rechnungsprüfungsamt und unter Einbeziehung der Fachämter entwickelt. Verwiesen wird insoweit auf die beigefügte synoptische Darstellung.

Wesentliche Inhalte der Satzung im Vergleich zum bisherigen Vergaberecht sind u.a.
- Erhöhung der Grenze für Direktaufträge von 25.000 € auf 50.000 € unter Berücksichtigung der o.g. Grundsätze (Bearbeitung durch Fachämter)
- Ab Auftragswerten von 50.000 € netto: Keine verpflichtende Vorgabe zur Wahl der Verfahrensart, Entscheidung im Einzelfall durch Zentrale Vergabestelle und Fachamt (Ausnahme: Öffentliche Ausschreibung bei Kanal- und Straßenbaumaßnahmen ab einem geschätzten Auftragswert von 250.000 € netto verpflichtend)
- Planerleistungen bis zum Erreichen des EU-Schwellenwertes immer Direktauftrag
- Weitergehende Möglichkeit zu Verhandlungen über Preis und Inhalt von Angeboten.

Die in der Satzung bestimmten Grenzwerte werden jeweils zum Ende eines Kalenderjahres durch die Zentrale Vergabestelle unter Beteiligung der Fachämter und des Rechnungsprüfungsamtes überprüft. Sollten diese sich als unzweckmäßig erweisen, erfolgt eine Anpassung.

Beschlussvorschlag:
Die Satzung über die Vergabe von Aufträgen unterhalb der Schwellenwerte gemäß § 106 GWB wird in der als Anlage beigefügten Form beschlossen.

Anlage:
Synopse_Satzung Vergabe

(Hauptamt, Frau Heinrichs, 02451/629-162)

TOP Ö 8

Mustersatzung der Stadt...../ Gemeinde..... über die Vergabe von Aufträgen unterhalb der Schwellenwerte gemäß § 106 GWB Vom 26.08.2025	Satzung der Stadt Geilenkirchen über die Vergabe von Aufträgen unterhalb der Schwellenwerte gemäß § 106 GWB Vom XX.XX.XXXX
Präambel Der Rat der Stadt / Gemeinde hat aufgrund der §§ 7 und 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe f sowie § 75a Absatz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 2025 (GV. NRW. S. 618), in seiner Sitzung am [Datum] folgende Satzung beschlossen:	**Präambel** Der Rat der Stadt hat aufgrund der §§ 7 und 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe f sowie § 75 a Absatz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 2025 (GV. NRW. S. 618), in seiner Sitzung am … folgende Satzung beschlossen:
§ 1 Geltungsbereich und Auftragswertbestimmung (1) Diese Satzung regelt die Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungen der Gemeinde/Stadt……., deren geschätzte Auftragswerte die gemäß § 106 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der jeweils geltenden Fassung festgelegten Schwellenwerte (EU-Schwellenwerte) ohne Umsatzsteuer nicht erreichen. (2) Zur Bestimmung des geschätzten Auftragswertes ist § 3 der Vergabeverordnung in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden. (3) Diese Satzung gilt nicht a) für Eigenbetriebe (und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen) der Gemeinde sowie	§ 1 Geltungsbereich und Auftragswertbestimmung (1) Diese Satzung regelt die Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungen der Stadt Geilenkirchen, deren geschätzte Auftragswerte die gemäß § 106 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen *(GWB)* in der jeweils geltenden Fassung festgelegten Schwellenwerte (EU-Schwellenwerte) ohne Umsatzsteuer nicht erreichen. (2) Zur Bestimmung des geschätzten Auftragswertes ist § 3 der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden. (3) Diese Satzung gilt nicht a) für Eigenbetriebe (und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen) der Gemeinde sowie

b) kommunalbeherrschte juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts.	b) kommunalbeherrschte juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts.
§ 2 Anwendung von Vergaberegeln	§ 2 Anwendung von Vergaberegeln
(1) Die Gemeinde vergibt Aufträge über Bau-, Liefer- und Dienstleistungen nach Maßgabe dieser Satzung.	(1) Die Gemeinde vergibt Aufträge über Bau-, Liefer- und Dienstleistungen nach Maßgabe dieser Satzung.
(2) Aufträge über Bauleistungen sind Verträge über Arbeiten jeder Art, durch die eine bauliche Anlage hergestellt, instandgehalten, geändert oder beseitigt wird. Lieferaufträge sind Verträge zur Beschaffung von Waren. Dienstleistungsaufträge sind Verträge über die Erbringung von Leistungen, die nicht unter die Sätze 1 und 2 fallen. Dazu zählen auch freiberufliche Leistungen.	(2) Aufträge über Bauleistungen sind entgeltliche Verträge über Arbeiten jeder Art, durch die eine bauliche Anlage hergestellt, instandgehalten, geändert oder beseitigt wird. Lieferaufträge sind entgeltliche Verträge zur Beschaffung von Waren. Dienstleistungsaufträge sind entgeltliche Verträge über die Erbringung von Leistungen, die nicht unter die Sätze 1 und 2 fallen. Dazu zählen auch freiberufliche Leistungen.
(3) Bei Aufträgen über Bauleistungen unterhalb des EU-Schwellenwertes sollen folgende Teile der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen angewendet werden: a) Teil B: Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen in der jeweils geltenden Fassung und b) Teil C: Allgemeine Technische Vertragsbedingungen (ATV) in der jeweils geltenden Fassung. Bei Aufträgen über Liefer- und Dienstleistungen unterhalb des EU-Schwellenwertes soll die VOL Teil B vereinbart werden, soweit keine anderen vertraglichen Vereinbarungen getroffen werden. Dies gilt entsprechend für freiberufliche Leistungen.	(3) Bei Aufträgen über Bauleistungen unterhalb des EU-Schwellenwertes sollen folgende Teile der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) angewendet werden: a) Teil B: Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen in der jeweils geltenden Fassung und b) Teil C: Allgemeine Technische Vertragsbedingungen (ATV) in der jeweils geltenden Fassung. Bei Aufträgen über Liefer- und Dienstleistungen unterhalb des EU-Schwellenwertes soll die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL), Teil B, vereinbart werden, soweit keine anderen vertraglichen Vereinbarungen getroffen werden. Dies gilt entsprechend für freiberufliche Leistungen.

(4) Ausgenommen von der Anwendung dieser Satzung sind, a) Aufträge an eine juristische Person des öffentlichen oder privaten Rechts, an der die Gemeinde allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften zu mehr als 50 Prozent beteiligt ist, b) Verträge zwischen zwei oder mehreren öffentlichen Auftraggebern, c) die Vergabe sozialer Dienstleistungen nach SGB VIII und IX. (5) Bei Drittmittel- oder Fördermittelprojekten gelten vorrangig die jeweils anzuwendenden Vorschriften der Mittelgeber.	(4) Ausgenommen von der Anwendung dieser Satzung sind, a) Aufträge an eine juristische Person des öffentlichen oder privaten Rechts, an der die Gemeinde allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften zu mehr als 50 Prozent beteiligt ist, b) Verträge zwischen zwei oder mehreren öffentlichen Auftraggebern, c) Personaldienstleistungen im Bereich sozialer Dienstleistungen und der Jugendhilfe (wie z.B. Schulbegleiter). (5) Bei Drittmittel- oder Fördermittelprojekten gelten vorrangig die jeweils anzuwendenden Vorschriften der Mittelgeber.
§ 3 Grundsätze der Vergabe (1) Die Gemeinde hat ihre Aufträge gemäß § 75a GO wirtschaftlich, effizient und sparsam unter Beachtung der Grundsätze von Gleichbehandlung, Nichtdiskriminierung und Transparenz zu vergeben. Bei der Anforderung von Angeboten soll zwischen den Unternehmen gewechselt werden. Eine örtliche Beschränkung des Wettbewerbs ist unzulässig. (2) Die Wertgrenzen dieser Satzung und Schwellenwerte dürfen nicht dadurch umgangen werden, dass ein sachlich zusammenhängender Bedarf durch getrennte Aufträge geteilt bzw. gestückelt wird (Stückelungsverbot). (3) Die Interessen kleinerer und mittlerer Unternehmen sind angemessen (z. B. durch Fach- bzw. Teillosbildung) zu berücksichtigen. Mehrere Teil- oder Fachlose dürfen ganz oder teilweise zusammen verge-	§ 3 Grundsätze der Vergabe (1) Die Gemeinde hat ihre Aufträge gemäß § 75a GO NRW wirtschaftlich, effizient und sparsam unter Beachtung der Grundsätze von Gleichbehandlung, Nichtdiskriminierung und Transparenz zu vergeben. Bei der Anforderung von Angeboten soll zwischen den Unternehmen gewechselt werden. Eine örtliche Beschränkung des Wettbewerbs ist unzulässig. (2) Die Wertgrenzen dieser Satzung und Schwellenwerte dürfen nicht dadurch umgangen werden, dass ein sachlich zusammenhängender Bedarf durch getrennte Aufträge geteilt bzw. gestückelt wird (Stückelungsverbot). (3) Die Interessen kleinerer und mittlerer Unternehmen sind angemessen (z. B. durch Fach- bzw. Teillosbildung) zu berücksichtigen. Mehrere Teil- oder Fachlose dürfen ganz oder teilweise zusammen vergeben werden

ben werden, wenn wirtschaftliche, technische, zeitliche oder personelle Gründe dies rechtfertigen. Die Entscheidung ist zu dokumentieren.	(z. B. Generalplaner, Generalunternehmer), wenn wirtschaftliche, technische, zeitliche oder personelle Gründe dies rechtfertigen. Die Entscheidung ist zu dokumentieren.
(4) Wenn für den Auftrag ein eindeutiges grenzüberschreitendes Interesse im Sinne einer Binnenmarktrelevanz besteht, ist eine angemessene Veröffentlichung der Auftragsvergabe sowie der gleichberechtigte Zugang für Wirtschaftsteilnehmer aus allen EU-Mitgliedstaaten sicherzustellen.	(4) Wenn für den Auftrag ein eindeutiges grenzüberschreitendes Interesse im Sinne einer Binnenmarktrelevanz besteht, ist eine angemessene Veröffentlichung der Auftragsvergabe sowie der gleichberechtigte Zugang für Wirtschaftsteilnehmer aus allen EU-Mitgliedstaaten sicherzustellen. Dies gilt für alle Vergabeverfahren, abgesehen von der öffentlichen Ausschreibung sowie für alle Direktaufträge.
§ 4 Dokumentation	§ 4 Dokumentation
(1) Das Vergabeverfahren ist von Anbeginn fortlaufend in Textform nach § 126 b des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu dokumentieren, sodass die einzelnen Stufen des Verfahrens, die einzelnen Maßnahmen sowie die Begründung der einzelnen Entscheidungen festgehalten werden.	(1) Das Vergabeverfahren ist von Anbeginn fortlaufend in Textform nach § 126 b des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu dokumentieren, sodass die einzelnen Stufen des Verfahrens, die einzelnen Maßnahmen sowie die Begründung der einzelnen Entscheidungen festgehalten werden.
(2) Die Dokumentation sowie die Angebote, Teilnahmeanträge und ihre Anlagen sind mindestens für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags aufzubewahren. Anderweitige Vorschriften zur Aufbewahrung bleiben unberührt.	(2) Die Dokumentation sowie die Angebote, Teilnahmeanträge und ihre Anlagen sind mindestens für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags aufzubewahren. Anderweitige Vorschriften zur Aufbewahrung bleiben unberührt.
§ 5 Direktauftrag und Arten der Vergabe	§ 5 Direktauftrag und Arten der Vergabe
(1) Ein Direktauftrag ohne Durchführung eines Vergabeverfahrens ist unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zulässig bei	(1) Ein Direktauftrag ohne Durchführung eines Vergabeverfahrens ist unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zulässig bei
a) der Vergabe von Bauleistungen bis zu einem geschätzten Auftragswert je Gewerk von einschließlich …Euro (ohne Umsatzsteuer),	a) der Vergabe von Bauleistungen bis zu einem geschätzten Auftragswert je Gewerk von einschließlich 50.000,00 Euro (ohne Umsatzsteuer),

b) der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen bis zu einem geschätzten Auftragswert je Vertrag von einschließlich … Euro (ohne Umsatzsteuer),	b) der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen bis zu einem geschätzten Auftragswert je Vertrag von einschließlich 50.000,00 Euro (ohne Umsatzsteuer),
c) der Vergabe von Leistungen, die nur von Personen mit einer gesetzlich festgelegten Qualifikation erbracht werden dürfen und deren Vergütung gesetzlich verbindlich geregelt ist,	c) der Vergabe von freiberuflichen Leistungen,
d) der Vergabe von Leistungen, die nur von einem bestimmten Unternehmen erbracht oder bereitgestellt werden können; die Gründe der Ausschließlichkeit sind zu dokumentieren; oder	d) der Vergabe von Leistungen, die nur von Personen mit einer gesetzlich festgelegten Qualifikation erbracht werden dürfen und deren Vergütung gesetzlich verbindlich geregelt ist,
e) der Vergabe von freiberuflichen Leistungen.	e) der Vergabe von Leistungen, die nur von einem bestimmten Unternehmen erbracht oder bereitgestellt werden können; die Gründe der Ausschließlichkeit sind zu dokumentieren,
	f) der Vergabe von Leistungen, die ausschließlich die Lieferung preisgebundener Produkte betreffen,
	g) der Vergabe von Leistungen, die aufgrund von Umständen, die nicht im Verantwortungsbereich des Auftragnehmers liegen, besonders dringlich ist oder
	h) der Vergabe von Verpflegungsleistungen für städtische Kindertagesstätten und Ganztagseinrichtungen.
	(2) Bei Bauleistungen des Kanal- und Straßenbauerhandwerks bzgl. des kommunalen Infrastrukturvermögens ab einem geschätzten Auftragswert von mehr als 250.000,00 Euro (ohne Umsatzsteuer) soll eine öffentliche Ausschreibung durchgeführt werden.

(2) Das Vergabeverfahren kann frei gewählt werden. Bei allen Verfahren kann mit den Bietern über den Angebotsinhalt und die Preise verhandelt werden. Der Verfahrensablauf ist den Bietern von Beginn an mitzuteilen.	(3) Im Übrigen kann das Vergabeverfahren frei gewählt werden. Bei allen Verfahren kann mit den Bietern über den Angebotsinhalt und die Preise verhandelt werden. Der öffentliche Auftraggeber kann sich vorbehalten, den Zuschlag auf das erste Angebot ohne Verhandlungen zu erteilen. Der Verfahrensablauf ist den Bietern von Beginn an mitzuteilen.
Die Vergabe von Aufträgen mit einem geschätzten Auftragswert oberhalb der nach Absatz 1 festgelegten Wertgrenzen kann z.B. nach Öffentlicher Ausschreibung, Beschränkter Ausschreibung mit oder ohne Teilnahmewettbewerb oder nach Verhandlungsvergabe mit oder ohne Teilnahmewettbewerb erfolgen. Mit einem Teilnahmewettbewerb fordert der Auftraggeber zunächst eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen öffentlich zur Abgabe von Teilnahmeanträgen auf. Jedes interessierte Unternehmen kann einen Teilnahmeantrag abgeben.	~~Die Vergabe von Aufträgen mit einem geschätzten Auftragswert oberhalb der nach Absatz 1 festgelegten Wertgrenzen kann z.B. nach Öffentlicher Ausschreibung, Beschränkter Ausschreibung mit oder ohne Teilnahmewettbewerb oder nach Verhandlungsvergabe mit oder ohne Teilnahmewettbewerb erfolgen. Mit einem Teilnahmewettbewerb fordert der Auftraggeber zunächst eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen öffentlich zur Abgabe von Teilnahmeanträgen auf. Jedes interessierte Unternehmen kann einen Teilnahmeantrag abgeben.~~
	(4) Folgende Verfahrensarten stehen zur Verfügung:
a) Bei Öffentlichen Ausschreibungen werden Leistungen nach öffentlicher Aufforderung einer unbeschränkten Anzahl von Unternehmen zur Einreichung von Angeboten vergeben.	a) Bei Öffentlichen Ausschreibungen werden Leistungen nach öffentlicher Aufforderung einer unbeschränkten Anzahl von Unternehmen zur Einreichung von Angeboten vergeben.
b) Bei Beschränkten Ausschreibungen (mit oder ohne Teilnahmewettbewerb) werden Leistungen nach Aufforderung einer beschränkten Anzahl von Unternehmen zur Einreichung von Angeboten vergeben (mindestens drei).	b) Bei Beschränkten Ausschreibungen (mit oder ohne Teilnahmewettbewerb) werden Leistungen nach Aufforderung einer beschränkten Anzahl von Unternehmen zur Einreichung von Angeboten vergeben (mindestens drei).
c) Bei Verhandlungsvergaben (mit oder ohne Teilnahmewettbewerb) werden Leistungen nach Aufforderung von mindestens drei Bietern vergeben.	c) Bei Verhandlungsvergaben (mit oder ohne Teilnahmewettbewerb) werden Leistungen nach Aufforderung von mindestens drei Bietern vergeben.

Bei öffentlichen Ausschreibung und bei Teilnahmewettbewerben sind Auftragsbekanntmachungen auf den Internetseiten des Auftraggebers oder auf Internetportalen zu veröffentlichen.	(5) Bei öffentlichen Ausschreibung und bei Teilnahmewettbewerben sind Auftragsbekanntmachungen auf den Internetseiten des Auftraggebers sowie über das Vergabeportal zu veröffentlichen. (6) Die Grenzwerte der Abs. 1 und 2 werden regelmäßig zum Ablauf eines jeden Kalenderjahres durch die Zentrale Vergabestelle unter Beteiligung der Fachämter und des Rechnungsprüfungsamtes hinsichtlich ihrer Zweckmäßigkeit überprüft und ggf. angepasst werden.
§ 6 Markterkundung und Rahmenvereinbarung (1) Vor der Einleitung eines Vergabeverfahrens können Markterkundungen zur Vorbereitung der Auftragsvergabe und zur Unterrichtung der Unternehmen über die Auftragsvergabepläne und -anforderungen durchgeführt werden. Es können mit den Unternehmen vor Einleitung des Wettbewerbs Vorschläge zur Optimierung des Beschaffungsbedarfs erörtert werden. (2) Für einen wirtschaftlichen und zweckmäßigen Einkauf können z.B. Rahmenvereinbarungen abgeschlossen werden. Rahmenvereinbarungen sind Vereinbarungen zwischen einem oder mehreren Auftraggebern und einem oder mehreren Unternehmen, die dazu dienen, die Bedingungen für die öffentlichen Aufträge, die während eines bestimmten Zeitraums vergeben werden sollen, festzulegen, insbesondere in Bezug auf den Preis. Sie sollten eine Laufzeit von sechs Jahren nicht überschreiten, es sei denn, es liegt ein im Gegenstand der Rahmenvereinbarung begründeter Sonderfall vor.	§ 6 Markterkundung und Rahmenvereinbarung (1) Vor der Einleitung eines Vergabeverfahrens können Markterkundungen zur Vorbereitung der Auftragsvergabe und zur Unterrichtung der Unternehmen über die Auftragsvergabepläne und -anforderungen durchgeführt werden. Es können mit den Unternehmen vor Einleitung des Wettbewerbs Vorschläge zur Optimierung des Beschaffungsbedarfs erörtert werden. (2) Für einen wirtschaftlichen und zweckmäßigen Einkauf können z.B. Rahmenvereinbarungen abgeschlossen werden. Rahmenvereinbarungen sind Vereinbarungen zwischen einem oder mehreren Auftraggebern und einem oder mehreren Unternehmen, die dazu dienen, die Bedingungen für die öffentlichen Aufträge, die während eines bestimmten Zeitraums vergeben werden sollen, festzulegen, insbesondere in Bezug auf den Preis. Sie sollten eine Laufzeit von sechs Jahren nicht überschreiten, es sei denn, es liegt ein im Gegenstand der Rahmenvereinbarung begründeter Sonderfall vor.
§ 7 Eignung und Ausschluss (1) Die Anforderungen an die Eignung der Bieter sind vor Beginn eines Verfahrens festzulegen. Hierbei kann der Auftraggeber im Hinblick	§ 7 Eignung und Ausschluss (1) Die Anforderungen an die Eignung der Bieter sind vor Beginn eines Verfahrens festzulegen. Hierbei kann der Auftraggeber im Hinblick auf die

auf die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung und die wirtschaftliche, finanzielle, technische und berufliche Leistungsfähigkeit Anforderungen stellen.	Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung und die wirtschaftliche, finanzielle, technische und berufliche Leistungsfähigkeit Anforderungen stellen. Erfüllt der Bieter diese Anforderungen nicht, ist er vom Vergabeverfahren auszuschließen.
(2) Bieter sind von der Teilnahme auszuschließen, wenn zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB vorliegen. Unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit können Bieter von der Teilnahme ausgeschlossen werden, wenn fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen.	(2) Bieter sind von der Teilnahme auszuschließen, wenn zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB vorliegen. Unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit können Bieter von der Teilnahme ausgeschlossen werden, wenn fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen.
(3) Der Nachweis der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen nach den §§ 123 und 124 GWB soll durch Eigenerklärungen erbracht werden. Über Eigenerklärungen hinausgehende Unterlagen können im Verlauf des Verfahrens nur von aussichtsreichen Bewerbern oder Bietern verlangt werden. Der Nachweis kann ganz oder teilweise durch die Teilnahme an Präqualifizierungssystemen erbracht werden.	(3) Der Nachweis der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen nach den §§ 123 und 124 GWB soll durch Eigenerklärungen erbracht werden. Über Eigenerklärungen hinausgehende Unterlagen können im Verlauf des Verfahrens nur von aussichtsreichen Bewerbern oder Bietern verlangt werden. Der Nachweis kann ganz oder teilweise durch die Teilnahme an Präqualifizierungssystemen erbracht werden.
§ 8 Kommunikation und Korruptionsprävention	§ 8 Kommunikation und Korruptionsprävention
(1) Der Versand der Vergabeunterlagen und der Eingang der Angebotsunterlagen sowie sämtliche Kommunikation bei Vergabeverfahren gemäß § 5 Abs. 2 erfolgen grundsätzlich auf digitalem Wege in Textform (§ 126b BGB) über eine elektronische Vergabeplattform.	(1) Der Versand der Vergabeunterlagen und der Eingang der Angebotsunterlagen sowie sämtliche Kommunikation bei Vergabeverfahren gemäß § 5 Abs. 3 erfolgen grundsätzlich auf digitalem Wege in Textform (§ 126 b BGB) über eine elektronische Vergabeplattform. Bei Direktaufträgen ist eine Kommunikation über E-Mail bis zu einem geschätzten Auftragswert von 15.000,00 € (ohne Umsatzsteuer) möglich.
(2) Bei Direktaufträgen nach § 5 Abs.1 ist eine Kommunikation per E-Mail möglich bis zu einer Wertgrenze in Höhe von … (ohne Umsatzsteuer).	~~(2) Bei Direktaufträgen nach § 5 Abs. 1 ist eine Kommunikation per E-Mail möglich bis zu einer Wertgrenze in Höhe von … (ohne Umsatzsteuer).~~

(3) Bei der gesamten Kommunikation sowie beim Austausch und der Speicherung von Informationen muss der Auftraggeber die Integrität der Daten und die Vertraulichkeit der Teilnahmeanträge und Angebote einschließlich ihrer Anlagen gewährleisten.	~~(3) Bei der gesamten Kommunikation sowie beim Austausch und der Speicherung von Informationen muss der Auftraggeber die Integrität der Daten und die Vertraulichkeit der Teilnahmeanträge und Angebote einschließlich ihrer Anlagen gewährleisten.~~
(4) Der Auftraggeber unterrichtet jeden Bewerber und jeden Bieter über den Abschluss einer Rahmenvereinbarung oder die erfolgte Zuschlagserteilung. Gleiches gilt hinsichtlich der Aufhebung oder erneuten Einleitung eines Vergabeverfahrens. Der Auftraggeber unterrichtet auf Verlangen die nicht berücksichtigten Bieter über die wesentlichen Gründe für die Ablehnung ihres Angebots oder die Aufhebung des Verfahrens.	(2) Der Auftraggeber unterrichtet jeden Bewerber und jeden Bieter über den Abschluss einer Rahmenvereinbarung oder die erfolgte Zuschlagserteilung und über den Bieter, der den Zuschlag erhalten hat. Gleiches gilt hinsichtlich der Aufhebung oder erneuten Einleitung eines Vergabeverfahrens. Der Auftraggeber unterrichtet auf Verlangen die nicht berücksichtigten Bieter über die wesentlichen Gründe für die Ablehnung ihres Angebots oder die Aufhebung des Verfahrens.
(5) Organmitglieder oder Mitarbeiter des Auftraggebers oder eines im Namen des Auftraggebers handelnden Beschaffungsdienstleisters, bei denen ein Interessenkonflikt besteht, dürfen in einem Vergabeverfahren nicht mitwirken.	(5) Organmitglieder oder Mitarbeiter des Auftraggebers oder eines im Namen des Auftraggebers handelnden Beschaffungsdienstleisters, bei denen ein Interessenkonflikt besteht, dürfen in einem Vergabeverfahren nicht mitwirken.
§ 9 Vergabeunterlagen und Zuschlagskriterien	§ 9 Vergabeunterlagen und Zuschlagskriterien
(1) In der Leistungsbeschreibung ist der Auftragsgegenstand so eindeutig wie möglich zu beschreiben, sodass die Beschreibung für alle Unternehmen im gleichen Sinne verständlich ist und die Angebote miteinander verglichen werden können. Leistungsbeschreibungen sind produktneutral zu formulieren. Abweichungen sind zulässig, soweit ihre Notwendigkeit sachlich begründet und dokumentiert wird.	(1) In der Leistungsbeschreibung ist der Auftragsgegenstand so eindeutig wie möglich zu beschreiben, sodass die Beschreibung für alle Unternehmen im gleichen Sinne verständlich ist und die Angebote miteinander verglichen werden können. Leistungsbeschreibungen sind produktneutral zu formulieren. Abweichungen sind zulässig, soweit ihre Notwendigkeit sachlich begründet und dokumentiert wird.
(2) Wenn es nach Abwägen aller Umstände zweckmäßig ist, zusammen mit der Bauausführung auch den Entwurf für die Leistung dem Wettbewerb zu unterstellen, um die technisch, wirtschaftlich und gestal-	(2) Wenn es nach Abwägen aller Umstände zweckmäßig ist, zusammen mit der Bauausführung auch den Entwurf für die Leistung dem Wettbewerb zu unterstellen, um die technisch, wirtschaftlich und gestalterisch beste sowie funktionsgerechteste Lösung der Aufgabe zu ermitteln, kann die

terisch beste sowie funktionsgerechteste Lösung der Aufgabe zu ermitteln, kann die Leistung durch ein Leistungsprogramm dargestellt werden (funktionale Ausschreibung).	Leistung durch ein Leistungsprogramm dargestellt werden (funktionale Ausschreibung).
(3) Bei der Markterkundung sowie in allen Phasen des Vergabeverfahrens können Aspekte der Qualität, der Nachhaltigkeit und der Innovation sowie umweltbezogene und soziale Kriterien integriert werden.	(3) Bei der Markterkundung sowie in allen Phasen des Vergabeverfahrens können Aspekte der Qualität, der Nachhaltigkeit und der Innovation sowie umweltbezogene und soziale Kriterien integriert werden.
(4) Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Zuschlagskriterien können insbesondere Qualität, Zweckmäßigkeit, Zeit, Nachhaltigkeit, Lebenszyklus- und Betriebskosten sowie der Preis sein. Die Zuschlagskriterien sind so festzulegen, dass sie sowohl auf Hauptangebote als auch auf Nebenangebote anwendbar sind. Sie müssen mit dem Auftragsgegenstand in Verbindung stehen. Es ist auch zulässig, dass der Preis das einzige Zuschlagskriterium ist.	(4) Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. (5) Zuschlagskriterien können insbesondere Qualität, Zweckmäßigkeit, Zeit, Nachhaltigkeit, Lebenszyklus- und Betriebskosten sowie der Preis sein. Die Zuschlagskriterien sind so festzulegen, dass sie sowohl auf Hauptangebote als auch auf Nebenangebote anwendbar sind. Sie müssen mit dem Auftragsgegenstand in Verbindung stehen. Es ist auch zulässig, dass der Preis das einzige Zuschlagskriterium ist.
§ 10 Fristen Binde-, Teilnahme- und Angebotsfristen sind an der Komplexität der zu vergebenden Leistung zu orientieren und angemessen festzulegen. Die Verlängerung von Fristen ist zulässig.	§ 10 Fristen Binde-, Teilnahme- und Angebotsfristen sind einzelfallabhängig, u.a. an der Komplexität der zu vergebenden Leistung sowie Feiertagen und Ferienzeiten, zu orientieren und angemessen festzulegen. Die Verlängerung von Fristen ist zulässig.
§ 11 Vertrags- und Auftragsänderungen (1) Vertrags- und Auftragsänderungs-, insbesondere etwaige Vertragsverlängerungsoptionen sind ausdrücklich und eindeutig in den Vergabeunterlagen zu regeln.	§ 11 Vertrags- und Auftragsänderungen (1) Vertrags- und Auftragsänderungs-, insbesondere etwaige Vertragsverlängerungsoptionen, sind ausdrücklich und eindeutig in den Vergabeunterlagen zu regeln.

(2) Für die Änderung eines öffentlichen Liefer- oder Dienstleistungsauftrags ohne Durchführung eines neuen Vergabeverfahrens gilt § 132 Absatz 1, 2 und 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen entsprechend. Darüber hinaus ist die Änderung eines öffentlichen Auftrags ohne Durchführung eines neuen Vergabeverfahrens zulässig, wenn sich der Gesamtcharakter des Auftrags nicht ändert und der Wert der Änderung nicht mehr als 20 Prozent des ursprünglichen Auftragswertes beträgt. Bei mehreren aufeinander folgenden Änderungen ist der Gesamtwert der Änderungen maßgeblich. (3) Vertragsänderungen nach der VOB/B erfordern kein neues Vergabeverfahren; ausgenommen davon sind Vertragsänderungen nach § 1 Abs. 4 Satz 2 VOB/B. Soweit eine beabsichtigte Vertragsänderung nicht unter Satz 1 fällt, sind die Regelungen des Absatzes 2 entsprechend anzuwenden.	(2) Für die Änderung eines öffentlichen Liefer- oder Dienstleistungsauftrags ohne Durchführung eines neuen Vergabeverfahrens gilt § 132 Absatz 1, 2 und 4 GWB entsprechend. Darüber hinaus ist die Änderung eines öffentlichen Auftrags ohne Durchführung eines neuen Vergabeverfahrens außerdem zulässig, wenn sich der Gesamtcharakter des Auftrags nicht ändert und der Wert der Änderung nicht mehr als 20 Prozent des ursprünglichen Auftragswertes beträgt. Bei mehreren aufeinander folgenden Änderungen ist der Gesamtwert der Änderungen maßgeblich. (3) Vertragsänderungen nach der VOB/B erfordern kein neues Vergabeverfahren; ausgenommen davon sind Vertragsänderungen nach § 1 Abs. 4 Satz 2 VOB/B. Soweit eine beabsichtigte Vertragsänderung nicht unter Satz 1 fällt, sind die Regelungen des Absatzes 2 entsprechend anzuwenden.
§ 12 Angebote (1) Der Auftraggeber kann Neben- und weitere Hauptangebote zulassen. Fehlt eine entsprechende Angabe, sind keine Neben- und weitere Hauptangebote zugelassen.	§ 12 Angebote (1) Der Auftraggeber kann die Abgabe von Nebenangeboten und weiteren Hauptangeboten zulassen. Fehlt eine entsprechende Angabe, sind solche nicht zugelassen. (2) Eine Verpflichtung, den Zuschlag auf das Nebenangebot zu erteilen, besteht auch dann nicht, wenn es sich um das preisgünstigste Angebot handelt. (3) Bei Vergabeverfahren nach § 5 Abs. 4 ist die Angebotsöffnung durch einen Vertreter der Zentralen Vergabestelle und einen Vertreter des örtlichen Rechnungsprüfungsamtes unter Verwendung der Vergabesoftware durchzuführen.

(2) Bei der Öffnung ist eine Niederschrift in Textform zu fertigen, in der die beiden Vertreter des Auftraggebers zu benennen sind. Der Niederschrift ist eine Aufstellung mit folgenden Angaben beizufügen: a) Name und Anschrift der Bieter, b) die Endbeträge der Angebote oder einzelner Lose, c) Preisnachlässe ohne Bedingungen, d) Anzahl der jeweiligen Neben- und weiteren Hauptangebote.	(4) Bei der Öffnung von Angeboten nach Abs. 2 ist eine Niederschrift in Textform zu fertigen, in der die beiden Vertreter des Auftraggebers zu benennen sind. Der Niederschrift ist eine Aufstellung mit folgenden Angaben beizufügen: a) Name und Anschrift der Bieter, b) die Endbeträge der Angebote oder einzelner Lose, c) Preisnachlässe ohne Bedingungen, d) Anzahl der jeweiligen Nebenangebote oder Hauptangebote. Den Bietern wird diese Niederschrift nur bei öffentlichen Ausschreibungen zur Verfügung gestellt.
(3) Vor der Auftragsvergabe ist eine formale und inhaltliche Plausibilitätsprüfung der Angebote durchzuführen. Angebote, bei denen Zweifel an der Plausibilität oder Preisauffälligkeiten bestehen, sind aufzuklären und zu dokumentieren.	(5) Der öffentliche Auftraggeber prüft die Bieter auf ihre Geeignetheit und die eingegangenen Angebote rechnerisch, formal und inhaltlich. (6) Preisliche Auffälligkeiten, insbesondere im Vergleich zur Vorkalkulation oder anderen Angeboten, sind zunächst aufzuklären. Kann die Auffälligkeit des Preises nicht ausreichend erklärt werden, ist das Angebot auszuschließen. Auf unauskömmliche oder unangemessen hohe Angebote darf der Zuschlag nicht erteilt werden.
(4) Angebote, die nicht wertbar sind, sind auszuschließen. Angebote, die nicht in der vorgegebenen Frist eingegangen sind, sollen ausgeschlossen werden.	(7) Auszuschließen sind darüber hinaus: 1. Angebote, die nicht fristgerecht eingegangen sind, 2. Angebote, die die Vorgaben des Leistungsverzeichnisses nicht erfüllen, sofern es sich um erhebliche Abweichungen handelt, 3. Angebote, bei denen der Bieter die geforderten Unterlagen nicht in der geforderten Zeit eingereicht hat, 4. Angebote von Bietern, die in Bezug auf die Ausschreibung eine Abrede getroffen haben, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt 5. Nebenangebote, wenn diese nicht zugelassen wurden,

	6. Angebote von Bietern, die vorsätzlich unzutreffende Angaben in Bezug auf ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit gemacht haben. (8) Außerdem können Bieter ausgeschlossen werden, wenn 1. ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde, 2. sich das Unternehmen in Liquidation befindet, 3. nachweislich eine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber oder Bieter in Frage stellt, 4. die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung nicht ordnungsgemäß erfüllt wurde, 5. sich das Unternehmen nicht bei der Berufsgenossenschaft angemeldet hat.
(5) Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber oder Bieter auffordern, fehlende Unterlagen zu übermitteln oder unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen zu ergänzen, zu erläutern, zu vervollständigen oder zu korrigieren.	(9) Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber oder Bieter auffordern, fehlende Unterlagen zu übermitteln oder unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen zu ergänzen, zu erläutern, zu vervollständigen oder zu korrigieren.
§ 13 Aufhebung Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, den Zuschlag zu erteilen. Im Übrigen ist der Auftraggeber berechtigt, ein Vergabeverfahren ganz oder teilweise aufzuheben.	§ 13 Aufhebung Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, den Zuschlag zu erteilen. Er ist berechtigt, ein Vergabeverfahren ganz oder teilweise aufzuheben. Die Entscheidung ist zu dokumentieren.
§ 14 Bietergemeinschaften und Nachunternehmen (1) Bei Bau-, Liefer- und Dienstleistungen sind Bietergemeinschaften zugelassen, sofern sie sich im Zuschlagsfall gesamtschuldnerisch verpflichten und eine bevollmächtigte Person als Vertretung benennen.	§ 14 Bietergemeinschaften und Nachunternehmen (1) Bei Bau-, Liefer- und Dienstleistungen sind Bietergemeinschaften zugelassen, sofern sie sich im Zuschlagsfall gesamtschuldnerisch verpflichten und eine bevollmächtigte Person als Vertretung benennen. Bewerber-

Bewerber- und Bietergemeinschaften sind wie Einzelbewerber und -bieter zu behandeln.	und Bietergemeinschaften sind wie Einzelbewerber und -bieter zu behandeln.
(2) Der Einsatz von Nachunternehmen ist zulässig. Der Auftraggeber kann sich vorbehalten, den Einsatz von Nachunternehmen auszuschließen. Die vorgesehenen Unteraufträge sind mit dem Angebot anzugeben. Der Auftraggeber kann sich die Zustimmung zu späteren Änderungen vorbehalten. Die Eignung der Nachunternehmen ist im gleichen Umfang nachzuweisen, wie die der Hauptbietenden.	(2) Der Einsatz von Nachunternehmen ist zulässig. Der Auftraggeber kann sich vorbehalten, den Einsatz von Nachunternehmen auszuschließen. Die vorgesehenen Unteraufträge sind mit dem Angebot anzugeben. Der Auftraggeber kann sich die Zustimmung zu späteren Änderungen vorbehalten. Die Eignung der Nachunternehmen ist auf Anforderung des öffentlichen Auftraggebers im gleichen Umfang nachzuweisen, wie die der Hauptbietenden.
(3) Für Bauleistungen gilt, dass Bietergemeinschaften Einzelbietern gleichzusetzen sind, wenn sie die Arbeiten im eigenen Betrieb oder in den Betrieben der Mitglieder ausführen.	(3) Für Bauleistungen gilt, dass Bietergemeinschaften Einzelbietern gleichzusetzen sind, wenn sie die Arbeiten im eigenen Betrieb oder in den Betrieben der Mitglieder ausführen.
(4) Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, sind verboten.	(4) Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, sind verboten.
§ 15 Inkrafttreten/Übergangsregelungen	§ 15 Inkrafttreten/Übergangsregelungen
Diese Satzung tritt mit Wirkung zum 1. Januar 2026 in Kraft.	Diese Satzung tritt mit Wirkung zum 1. Januar 2026 in Kraft.
Für Vergabeverfahren, die bis zum 31. Dezember 2025 begonnen wurden, gelten die Kommunalen Vergabegrundsätze NRW vom 28. August 2018 in der zuletzt geltenden Fassung fort.	Für Vergabeverfahren, die bis zum 31. Dezember 2025 begonnen wurden, gelten die Kommunalen Vergabegrundsätze NRW vom 28. August 2018 in der zuletzt geltenden Fassung fort.